



Verwaltungsrat

325. Tagung, Genf, 29. Oktober - 12. November 2015

GB.325/INS/2(Add.)

Institutionelle Sektion

INS

Datum: 4. November 2015

Original: Englisch

ZWEITER PUNKT DER TAGESORDNUNG

Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz

Addendum

Vorschläge für die Außerkraftsetzung der Übereinkommen Nr. 4, 15, 28, 41, 60 und 67

1. Nach dem Inkrafttreten der Urkunde der Internationalen Arbeitsorganisation von 1997 zur Abänderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation wird der Verwaltungsrat möglicherweise bei der nächstmöglichen Gelegenheit das Verfahren zur Außerkraftsetzung bestimmter veralteter, noch in Kraft befindlicher Übereinkommen in Gang setzen wollen. Dementsprechend wird der Verwaltungsrat möglicherweise gemäss Artikel 5.4.2 der Geschäftsordnung des Verwaltungsrates einen Gegenstand betreffend die Außerkraftsetzung der Übereinkommen Nr. 4, 15, 28, 41, 60 und 67 in die Tagesordnung der 106. Tagung (2017) der Internationalen Arbeitskonferenz aufnehmen wollen.
2. Es ist daran zu erinnern, dass die Internationale Arbeitskonferenz auf ihrer 85. Tagung (Juni 1997) eine Änderung der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation und der Geschäftsordnung der Konferenz angenommen hat, um die Konferenz in die Lage zu versetzen, mit Zweidrittelmehrheit und auf Empfehlung des Verwaltungsrates veraltete internationale Arbeitsübereinkommen außer Kraft zu setzen. Da jetzt die Voraussetzungen für das Inkrafttreten der Verfassungsänderung mit der Ratifizierung oder Akzeptanz durch zwei Drittel der Mitgliedstaaten (124/186), darunter mindestens fünf Mitglieder von wirtschaftlich größter Bedeutung, erfüllt worden sind, trat diese am 8. Oktober 2015 in Kraft.
3. Gestützt auf die Empfehlungen der Arbeitsgruppe für die Politik zur Neufassung von Normen¹ hat der Verwaltungsrat bereits sieben Übereinkommen als Kandidaten für eine Außerkraftsetzung ermittelt, namentlich: das Übereinkommen (Nr. 4) über die Nachtarbeit der Frauen, 1919; das Übereinkommen (Nr. 15) über das Mindestalter (Kohlenzieher und Heizer), 1921; das Übereinkommen (Nr. 28) über den Unfallschutz (der Hafentarbeiter), 1929; das Übereinkommen (Nr. 41) über die Nachtarbeit (Frauen), 1934 (abgeändert); das Übereinkommen (Nr. 60) über das Mindestalter (nichtgewerbliche Arbeiten), 1937 (abge-

¹ GB.283/LILS/WP/PRS/1/2, Abs. 38.

ändert); das Übereinkommen (Nr. 67) über die Arbeitszeit und die Ruhezeiten (Straßen-transport), 1939; und das Übereinkommen (Nr. 91) über den bezahlten Urlaub der Schiffsleute (Neufassung), 1949.²

4. Bei den genannten Instrumenten wurde festgestellt, dass sie keinen nützlichen Zweck mehr erfüllen, weil sie inhaltlich durch modernere Instrumente abgelöst worden sind oder nicht mehr den heutigen Praktiken und Vorstellungen entsprechen. Es ist darauf hinzuweisen, dass Außerkraftsetzungen nur in Kraft befindliche Übereinkommen betreffen, während Übereinkommen, die nicht in Kraft sind, sowie Empfehlungen von der Konferenz zurückgezogen werden können. Bisher wurden fünf Übereinkommen und 36 Empfehlungen zurückgezogen.³
5. Unter besonderem Verweis auf das Übereinkommen Nr. 91 ist festzustellen, dass verschiedene andere internationale Seearbeitsübereinkommen von der Arbeitsgruppe für die Politik zur Neufassung von Normen zwar als veraltet bezeichnet worden sind, ihre eingehende Überprüfung wurde jedoch zurückgestellt – vermutlich aufgrund der gleichzeitigen Inangriffnahme der umfassenden Konsolidierung sämtlicher Seearbeitsinstrumente, die zur Annahme des Seearbeitsübereinkommens von 2006 geführt haben –, und daher hat der Verwaltungsrat bisher noch keinen Beschluss zu diesen Übereinkommen gefasst. Der Verwaltungsrat wird somit möglicherweise das Übereinkommen Nr. 91 gemeinsam mit allen anderen in Frage kommenden Seearbeitsübereinkommen im Rahmen eines zukünftigen Prüfungsverfahrens behandeln wollen.
6. Gemäß Artikel 5.4.1 der Geschäftsordnung des Verwaltungsrates ist das Amt verpflichtet, dem Verwaltungsrat einen Bericht mit allen relevanten Informationen über die Außerkraftsetzung der in Frage kommenden Instrumente vorzulegen. Während die Arbeitsgruppe für die Politik zur Neufassung von Normen bereits eine Prüfung der betreffenden Übereinkommen durchgeführt hat,⁴ enthält der Anhang dieser Vorlage aktuelle Informationen über ihren Status.
7. Gemäß den Bestimmungen von Artikel 5.4.2 der Geschäftsordnung des Verwaltungsrates sollte der Beschluss, einen Gegenstand betreffend die Außerkraftsetzung von Übereinkommen in die Tagesordnung der Konferenz zu setzen, möglichst im Konsens gefasst werden. Gelingt es in zwei aufeinanderfolgenden Tagungen des Verwaltungsrates nicht, einen solchen Konsens zu erzielen, erfordert der Beschluss auf der zweiten Tagung eine Vierfünftelmehrheit der Mitglieder des Verwaltungsrates, die über Stimmrecht verfügen.
8. Sollte der Verwaltungsrat beschließen, die Frage der Außerkraftsetzung dieser Instrumente in die Tagesordnung der 106. Tagung (2017) der Konferenz aufzunehmen, ist das Amt gemäß Artikel 45bis der Geschäftsordnung der Konferenz verpflichtet, allen Regierungen spätestens 18 Monate vor der Tagung der Konferenz, d.h. bis Januar 2016, einen kurzen Bericht und einen Fragebogen mit der Bitte um ihre diesbezüglichen Stellungnahmen zu übermitteln.

² Unter besonderer Bezugnahme auf das Übereinkommen Nr. 91 empfahl die Arbeitsgruppe für die Politik zur Neufassung von Normen, dessen Status sollte zu gegebener Zeit erneut überprüft werden, wenn der Ratifizierungsstand des Übereinkommens Nr. 91 aufgrund der Ratifizierung des neu gefassten Übereinkommens (Nr. 146) über den bezahlten Jahresurlaub der Seeleute, 1976, deutlich zurückgegangen ist.

³ GB.271/4/2; GB.277/2/2 und GB.283/2/2.

⁴ GB.265/LILS/WP/PRS/1 und GB.265/LILS/5, Abs. 33-35, 42, 49; GB. 267/LILS/WP/PRS/2 und GB.267/LILS/4/2(Rev.), Abs. 44-48; GB.273/LILS/WP/PRS/4 und GB.273/LILS/4(Rev.1), Abs. 54-61; GB.274/LILS/WP/PRS/2, und GB.274/LILS/4(Rev. 1), Abs. 59-63.

9. Es ist daran zu erinnern, dass im Gegensatz zur früheren Praxis der „Ad-Acta-Legung“ veralteter Übereinkommen die Wirkung der Außerkraftsetzung im Sinne des neuen Absatzes 9 von Artikel 19 der Verfassung der IAO darin besteht, dass alle rechtlichen Wirkungen aufgrund eines veralteten und in Kraft befindlichen Übereinkommens zwischen der Organisation und ihren Mitgliedern, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, nichtig werden. Ein außer Kraft gesetztes Übereinkommen wird aus der Sammlung der Normen der IAO entfernt. Daher sind Mitglieder, die das Übereinkommen ratifiziert haben, nicht mehr verpflichtet, gemäß Artikel 22 der Verfassung Berichte vorzulegen, und sie können nicht mehr das Ziel von Beschwerden (Artikel 24) oder Klagen (Artikel 26) wegen der Nichteinhaltung eines solchen Übereinkommens sein. Die Aufsichtsgremien der IAO sind ihrerseits nicht mehr verpflichtet, die Durchführung des außer Kraft gesetzten Übereinkommens zu überprüfen, während das Amt alle diesbezüglichen Tätigkeiten einstellt, so auch die Veröffentlichung des Textes des Übereinkommens und der offiziellen Informationen über den entsprechenden Ratifizierungsstand.
10. Sollte der Verwaltungsrat wünschen, das Verfahren zur Außerkraftsetzung bei nächstmöglicher Gelegenheit in Gang zu setzen, enthält dieses Addendum eine neue Fassung des Beschlusentwurfs von Absatz 34 der Vorlage GB.325/INS/2.

Neu gefasster Beschlusentwurf zur Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz

11. Der Verwaltungsrat beschließt:

- a) *die Tagesordnung für die Tagung 2017 der Konferenz durch die Auswahl von einem der folgenden Gegenstände zu vervollständigen:*
- i) *„Gewalt gegen Frauen und Männer in der Welt der Arbeit“, entweder als Normensetzung (zweimalige Beratung) oder als eine allgemeine Aussprache; oder*
- ii) *Arbeitsmigration (allgemeine Aussprache).*
- b) *einen Gegenstand betreffend die Genehmigung der vorgeschlagenen Änderungen des Codes des Seearbeitsübereinkommens, 2006, vorläufig in die Tagesordnung der 105. Tagung (Juli 2016) der Konferenz aufzunehmen, vorbehaltlich der Vorlage etwaiger vom Dreigliedrigen Sonderausschuss im Februar 2016 angenommener Änderungen, zusammen mit der Annahme von Änderungen der Anhänge zum Übereinkommen (Nr. 185) über Ausweise für Seeleute (Neufassung), 2003, wie vom Dreigliedrigen Ad-hoc-See-schifffahrtsausschuss im Februar 2016 vorgeschlagen;*
- c) *einen Gegenstand betreffend die Außerkraftsetzung der Übereinkommen Nr. 4, 15, 28, 41, 60 und 67 in die Tagesordnung der 106. Tagung der Konferenz aufzunehmen;*
- d) *Orientierungshilfe zu bieten in Bezug auf:*
- i) *die Umsetzung des strategischen und kohärenten Ansatzes für die Festlegung der Tagesordnung für die 106. (2017), 107. (2018) und 108. (2019) Tagung der Konferenz, einschließlich der Behandlung einer möglichen Jahrhunderterklärung;*

- ii) *die Maßnahmen, die hinsichtlich des Gegenstands betreffend „Effektive Entwicklungszusammenarbeit der IAO zur Unterstützung der Ziele für nachhaltige Entwicklung“ (allgemeine Aussprache) zu treffen sind;*
- iii) *die Maßnahmen, die hinsichtlich des Gegenstands zu treffen sind, der für die Tagesordnung der Tagung 2017 nicht ausgewählt worden ist.*

Anhang

Night Work (Women) Convention, 1919 (No. 4); Night Work (Women) Convention (Revised), 1934 (No. 41)

Related instruments: The Night Work (Women) Convention (Revised), 1948 (No. 89), revised Conventions Nos 4 and 41. In 1990, the International Labour Conference adopted a Protocol partially revising Convention No. 89 (five ratifications and two denunciations) as well as the Night Work Convention, 1990 (No. 171) (13 ratifications), which applies to all sectors and regulates work for men and women alike.

Ratifications: Convention No. 4 has received 58 ratifications and has been denounced by 33 member States. Convention No. 4 was last ratified by the Government of Malta on 9 June 1988 and was subsequently denounced on 11 February 1991. Convention No. 41 has received 38 ratifications and has been denounced by 23 member States. Convention No. 41 was last ratified by Suriname on 15 June 1976.

Remarks: In 1996, the document submitted to the Working Party on Policy regarding the Revision of Standards noted that States parties now have more up-to-date instruments on the subject of night work (Convention No. 89 and its Protocol and Convention No. 171). In 2001, the ILO Committee of Experts in its General Survey on Night Work of Women in Industry concluded that Convention No. 4 was “manifestly of historical importance only [since it was] a rigid instrument, ill-suited to present-day realities” (paragraph 193), while with respect to Convention No. 41, the Committee concluded that “not only it was poorly ratified and its relevance was diminishing, but also that it would be in the interest of those member States which were still parties to that Convention to ratify instead the revising Convention No. 89 and its Protocol which were more easily adaptable to changing circumstances and needs” (paragraph 194).

Minimum Age (Trimmers and Stokers) Convention, 1921 (No. 15)

Related instruments: The Convention has been revised by the Minimum Age Convention, 1973 (No. 138). Article 10(3) of Convention No. 138 provides, however, that Convention No. 15 shall be closed to further ratifications “when all the parties thereto have consented to such closing by ratification of (Convention No. 138) or by a declaration communicated to the Director-General of the International Labour Office”.

Ratifications: The Convention has been ratified by 69 member States. The Convention has been denounced by 61 member States following the ratification of Convention No. 138. The Convention was last ratified by Guatemala in 1989 and was subsequently denounced in 1991 following the ratification of Convention No. 138.

Remarks: Convention No. 15 fixed at 18 years the minimum age for trimmers and stokers employed on board a vessel. However, as a result of technical developments, and according to all available information, trimmers and stokers no longer work on ships. In 1998, the Governing Body took note of the recommendations of the Working Party on Policy regarding the Revision of Standards which noted that “the activities covered by Convention No. 15 no longer exist” and that the Convention should “be considered, in due course, for abrogation by the Conference when the constitutional amendment enabling abrogations enters into force”.¹

¹ GB.273/LILS/4(Rev.1), paras 54–61.

Protection against Accidents (Dockers) Convention, 1929 (No. 28)

Related instruments: The Convention was adopted in 1929 together with two accompanying Recommendations, namely the Protection against Accidents (Dockers) Reciprocity Recommendation, 1929 (No. 33), and the Protection against Accidents (Dockers) Consultation of Organisations Recommendation, 1929 (No. 34). The two Recommendations have been withdrawn by decision of the International Labour Conference at its 92nd Session on the proposal of the Governing Body.² Convention No. 28 has been revised by the Protection against Accidents (Dockers) Convention (Revised), 1932 (No. 32), which has been ratified by 46 member States, and by the Occupational Safety and Health (Dock Work) Convention, 1979 (No. 152), which has been ratified by 26 member States.

Ratifications: The Convention has received four ratifications and three denunciations. The Convention has last been ratified by Nicaragua on 12 April 1934. The instrument is now closed to any further ratification.

Remarks: In 1996, the Working Party on Policy regarding the Revision of Standards recommended that the Governing Body should re-examine the status of Convention No. 28 in due course with a view to its possible abrogation and to invite the State party to the Convention to contemplate ratifying the Occupational Safety and Health (Dock Work) Convention, 1979 (No. 152), if appropriate, and denouncing Convention No. 28 at the same time.³ In 2002, the ILO Committee of Experts in its General Survey on Dock Work echoed this recommendation (paragraph 86).

Minimum Age (Non-Industrial Employment) Convention (Revised), 1937 (No. 60)

Related instruments: The Convention has been revised by the Minimum Age Convention, 1973 (No. 138), which has received 168 ratifications and ranks among the most widely ratified ILO fundamental Conventions.

Ratifications: The Convention has been ratified by 11 member States. All States parties to the Convention subsequently denounced it following the ratification of Convention No. 138. Since the adoption of Convention No. 138 in 1973, there have been no ratifications of Convention No. 60.

Remarks: In 1996, the Working Party on Policy regarding the Revision of Standards concluded that Convention No. 60 no longer served any interim purpose and recommended that the Governing Body should re-examine the status of Convention No. 60 in due course with a view to its possible abrogation.⁴

Hours of Work and Rest Periods (Road Transport) Convention, 1939 (No. 67)

Related instruments: The Convention has been adopted in 1939 together with an accompanying Recommendation, namely the Methods of Regulating Hours (Road Transport) Recommendation, 1939 (No. 65), which has been withdrawn by decision of the

² International Labour Conference, 92nd Session, 2004, *Record of Proceedings*, p. 26/7; GB.283/2/2.

³ GB.265/LILS/5, paras 42 and 72.

⁴ GB.265/LILS/5, paras 33–35 and 72.

International Labour Conference.⁵ The Convention has been revised by the Hours of Work and Rest Periods (Road Transport) Convention, 1979 (No. 153), which has been ratified by nine member States and which is itself classified as an instrument in need of revision.

Ratifications: The Convention has received four ratifications and one denunciation. The Convention was last ratified by the Central African Republic on 9 June 1964. The Convention is now closed to ratification.

Remarks: In 1996, the Working Party on Policy regarding the Revision of Standards concluded that the Convention could be considered obsolete and recommended that the Governing Body should re-examine the status of Convention No. 67 in due course with a view to its possible abrogation and invite the three States parties to the Convention to contemplate ratifying the Hours of Work and Rest Periods (Road Transport) Convention, 1979 (No. 153), if appropriate, and denouncing Convention No. 67 at the same time.⁶

⁵ International Labour Conference, 90th Session, 2002, *Record of Proceedings*, pp. 26 and 29; GB.277/2/2.

⁶ GB.265/LILS/5, paras 49 and 72.